

Protokoll
über die 32. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales am 04.05.2017

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:25 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.047 (Aufzug D)

Anwesenheit

Vorsitzender

Hoppe, Eberhard entsandt durch SPD-Fraktion

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Riedel, Georg-Christian entsandt durch CDU-Fraktion

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Jähnig, Claus Jürgen entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger

ordentliche Mitglieder

Federau, Petra	entsandt durch ZG AfD
Gajek, Lothar	entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Grosch, Peter	entsandt durch CDU-Fraktion
Meslien, Daniel	entsandt durch SPD-Fraktion
Richter, Heike Dr.	entsandt durch Fraktion DIE LINKE

stellvertretende Mitglieder

Frank, Ruth entsandt durch Fraktion DIE LINKE

beratende Mitglieder

Heinrich, Walter entsandt durch Seniorenbeirat

Verwaltung

Diessner, Barbara
Gabriel, Manuela
Ruhl, Andreas

Gäste

Berges, Torsten
Köchig, Thomas
Majewsky, Peter
Rothe, Regine

Leitung: Eberhard Hoppe

Schriftführer: Gabriele Schulz

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 31. Sitzung vom 06.04.2017 (öffentlicher Teil)
3. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
- 3.1. Prüfung der angemessenen Wohnungsgröße bei Ein-Personen-Haushalten
Vorlage: 01009/2017
4. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
5. Mitteilungen der Verwaltung
6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Eberhard Hoppe, eröffnet die 32. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter und Vertreterinnen der Verwaltung. Insbesondere begrüßt er die Gäste:

Frau Rothe, Jobcenter
Herrn Köchig, WGS
Herrn Majewski, WGS
Frau Allwardt.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss:

Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

- zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 31. Sitzung vom 06.04.2017 (öffentlicher Teil)**

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Sitzungsniederschrift der 31. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 06.04.2017 wird mit einer Stimmenthaltung bestätigt.

- zu 3 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)**

- zu 3.1 Prüfung der angemessenen Wohnungsgröße bei Ein-Personen-Haushalten
Vorlage: 01009/2017**

Bemerkungen:

Der Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an Frau Rothe vom Jobcenter sowie anschließend den Vertretern der WGS. Er schlägt vor, dass die Ausschussmitglieder ihre Fragen erst im Nachhinein stellen. Damit sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

Frau Rothe erläutert die Tätigkeit des Jobcenters im Allgemeinen sowie im Rahmen der Prüfung der angemessenen Wohnungsgröße bei Ein-Personen-

Haushalten anhand der Richtlinie der Landeshauptstadt Schwerin vom 01.01.2017. Sie betont, dass die Zahlen quartalsweise aktualisiert werden.

Herr Majewski legt dar, dass die WGS diese Initiative der SPD-Fraktion begrüßt. Anhand von Zahlen erläutert er die Situation zum Wohnungsbestand von Wohnungen, die bis zu 45 m² groß sind bzw. bis 50 m² und größer sowie die für die Nutzung als KdU-gerechter Wohnraum geeignet sind. Eine Präsentation dazu ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Die meisten dieser Wohnungen befinden sich in Neu Zippendorf. Außerdem weist Herr Majewski auf die Problematik von barrierefreien Wohnungen in diesem Segment hin.

Frau Rothe informiert über einen Vergleich mit anderen Regionen, wie hoch dort die Quadratmeterzahl von Kunden ist, die durch das Jobcenter betreut werden. Sie betont aber auch, dass die tatsächlichen Kosten von der Situation der Region oder der Stadt abhängig sind.

Herr Köchig erläutert, dass z.B. im Mueßer Holz derartiger Wohnraum auch von anderen Mitbewerbern angeboten wird. Weiterhin spricht er die zusätzlichen Kosten an, welche beim Anbau von Fahrstühlen an Wohnhäusern entstehen. Dadurch erhöhen sich natürlich die Betriebskosten. Problematisch ist außerdem, dass die Wohnungen keiner Bindung unterliegen, obwohl sie gefördert wurden.

Frau Federau weist darauf hin, dass die Mieten insgesamt steigen könnten, wenn jeder, der Leistungen bezieht, dann größeren Wohnraum beansprucht.

Darauf antwortet Herr Meslien, dass es sich aktuell in Schwerin um Wohnungsgrößen von 42/43 m² handelt. In Mecklenburg-Vorpommern sind 50 m² festgelegt.

Geprüft werden müsste ein Extrazuschlag für Menschen mit Behinderungen. In seinen Ausführungen bezieht er sich auch auf das Urteil, über welches Frau Allwardt in der letzten Ausschusssitzung berichtet hat. Ziel ist, die KdU-Richtlinie den Schweriner Verhältnissen anzupassen.

Frau Diessner berichtet, dass zu diesem Thema eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE an den Landtag gerichtet wurde. Es gibt eine Landesfestlegung, nach der Ein-Personen-Haushalten bis zu 45 m² zustehen. Sie weist auf die Anlage 2 der LFU-Richtlinie hin. Entsprechendes Zahlenmaterial wird dem Protokoll beigefügt. Frau Diessner betont, dass die Richtlinie eine Regelung genereller Art ist. Hier wird nach dem Einzelfall entschieden nach einem wirtschaftlichen und angemessenen Verfahren.

Herr Ruhl führt die hohen Ausgaben für dieses Produkt in Höhe von 27 Millionen Euro, also 10 % des Gesamthaushaltes an. Er bittet zu berücksichtigen, dass es schon bei kleiner prozentualer Erhöhung zu massiven Einschränkungen kommen kann.

Herr Köchig hat aber auch die Folgekosten im Blick, wenn nicht weiter modernisiert wird.

Herr Meslien legt für die Antrag stellende Fraktion folgenden geänderten Beschlussvorschlag vor:

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, entsprechend der Rechtsprechung und der Praxis an-derer Gebietskörperschaften die Erhöhung **der Eckdaten der Richtlinie für die Kosten der Unterkunft** zu prüfen und die Richtlinie für die Kosten der Unterkunft zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu ändern.

Herr Ruhl sagt dem Ausschuss eine Information über die erfolgte Prüfung nach spätestens drei Monaten zu.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales empfiehlt der Stadtvertretung folgendes zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, entsprechend der Rechtsprechung und der Praxis an-derer Gebietskörperschaften die Erhöhung **der Eckdaten der Richtlinie für die Kosten der Unterkunft** zu prüfen und die Richtlinie für die Kosten der Unterkunft zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

1.

Frau Gabriel gibt den Auszug aus dem Monatsbericht des ZGM – Schulen, Horte, Sportstätten für April 2017 zu Protokoll.

Soweit es Fragen zu Investitionen gibt, werden die Ausschussmitglieder gebeten, diese der Verwaltung zukommen zu lassen, damit diese in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

2.

Herr Ruhl berichtet über Kontakt zum Bildungsministerium zum Thema Inklusion. Die Ausschussmitglieder werden unterrichtet, sobald konkrete Pläne der Landesregierung vorliegen.

3.

Des Weiteren informiert Herr Ruhl zur Thematik kommunale Finanzausstattung

4.

Gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindetag soll eine Lösung für eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge gefunden werden. Verhandlungen laufen dazu. Herr Ruhl wird den Ausschuss entsprechend informieren.

5.

Auf die Frage von Herrn Meslien zu den Schülerfahrkosten antwortet Frau Gabriel, dass die Verwaltung sich bereits mit der Schuleinzugsbereichssatzung sowie der Schülerbeförderungssatzung beschäftigt. Ziel soll es sein, noch vor der Sommerpause eine Lösung herbeizuführen.

zu 6 Sonstiges

Bemerkungen:

Es gibt keine Wortmeldungen.

gez. Eberhard Hoppe

Vorsitzende/r

gez. Gabriele Schulz

Protokollführer/in